

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 66 (1972)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Westdeutsche Nazis : Rückblick auf die militärisch-politische Geschichte Deutschlands  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-142087>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 30.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

der Zerstörungslust eine wesentliche Rolle. Ob ein Weltfrieden möglich sein wird, hängt von uns und den Menschen der Zukunft ab. Sowohl ihre Mentalität, als auch die wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten werden darüber entscheiden.»

«Eine tragfähige Friedensbasis läßt sich nur von unten her, vom Volk aufbauen. Die Friedenskunst der Völker fordert vor allem eine neue Erziehung des Kindes, und eine Nacherziehung der Erwachsenen, wie der Halberwachsenen. Äußerer Zwang zum Frieden ist in einen inneren Zwang zum Frieden umzuwandeln. Wir kennen Mittel, Aggressionen zu entschärfen und zu kanalisieren. William James und Elisabeth Rotten haben schon vor Jahrzehnten brauchbare Vorschläge gemacht.»

Professor Meng lehnte die Dogmatisierung der Psychoanalyse im Sinne Freuds ab. Wie der von ihm verehrte Begründer der Tiefenpsychologie hatte Professor Meng keine Angst, daß neue, vielleicht widersprechende Funde sein stets in Wandlung begriffenes Werk bedrohen könnten. Was Meng von Sozialismus erwartete, war, daß er alle Verhältnisse umwerfe, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist. Diese Forderung in Marxens Formulierung ist nicht ein starres, unantastbares Dogma, sie muß der Zeit entsprechend weiter entwickelt werden. «Wirklicher Sozialismus», dies sind Mengs Worte, «ist ohne Freiheit und Menschenwürde undenkbar. Daß der Sozialismus noch nicht verwirklicht ist heißt aber nicht, daß er nicht verwirklicht werden kann.»

Professor Meng hat in den fast vierzig Jahren seiner Basler Wirksamkeit auf vielen Gebieten mächtige neue Impulse gegeben. Politische Themen wie Friedensforschung, der Dialog zwischen Christentum und Marxismus, Prophylaxe des Verbrechens wie auch die Reform des Strafvollzugs verdanken seinem Wirken als akademischer Lehrer, seinen Vorträgen und Büchern wichtige Beiträge. In den «Neuen Wegen» besprochen wir Professor Mengs Buch (Okt. 1971) «Leben als Begegnung», in welchem er sich selbst und der Nachwelt Rechenschaft über seine Lebensarbeit und seine Bestrebungen ablegte. In Professor Heinrich Meng hat die Schweiz, seine Wahlheimat, einen edlen Menschen verloren. Red.

## Westdeutsche Nazis

### Rückblick auf die militärisch-politische Geschichte Deutschlands\*

Niemand kann mehr als ich eine Entspannung zwischen den beiden Deutschland erhoffen. Von meinem Beobachtungssitz in Berlin mußte

\*) Hugh Hester ist ein amerikanischer Brigade-General, der in Berlin 1945 bis 1947 die USA-Nachkriegspläne für Deutschland verfolgte.

ich vom 1. September 1945 bis 1. November 1947 zusehen, wie die drei Westmächte auf Befehl der USA-Regierung die Abkommen von Yalta und Potsdam in Fetzen zerrissen, Verträge, die, wenn eingehalten, die Teilung Berlins, Deutschlands und Europas verhindert hätten.

Das Potsdamer Abkommen sah ausdrücklich ein demilitarisiertes Deutschland vor, einen Staat, in welchem auch die Kartelle aufgelöst und der Nazismus ausgerottet wäre. Nach diesem Reinigungsprozeß sollte ein geeintes und neutrales Deutschland geschaffen werden, mit Berlin als Hauptstadt, wie früher.

Unmittelbar nach Franklin Roosevelts Tod begannen die Mächte hinter der Truman-Regierung mit der Ausschaltung dieses Plans, indem sie Deutschland als Bollwerk gegen die Sowjetunion umbauten. Wenige Monate genügten, um den «guten Willen», der sich im Laufe des Krieges für unseren «tapferen» Bundesgenossen im Osten herausgebildet hatte, zu zerstören. Der Kalte Krieg wurde unter dem Teppich hervorgeholt, wohin er für die Dauer des Zweiten Weltkrieges gewischt worden war — er erschien wieder mit einem der massivsten und gemeinsten Propagandaprogramme, das je für einen Angriff auf die Sowjetunion ausgedacht worden war.

Nach dieser Propaganda planten die Sowjets die Welt in Kürze für den Kommunismus zu erobern — dies trotz ihren schweren Verlusten an Menschen und industrieller Macht usw. Man wird sich vielleicht erinnern, daß der verstorbene Präsident John F. Kennedy in seiner Rede an der American University, Washington DC (10. Juni 1963) darauf hinwies, daß die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg 20 Millionen Männer, Frauen und Kinder verloren hatte, und daß ihre Verluste an Farmen, Fabriken, Schulen, Heimstätten, Spitäler usw., auf unser Land bezogen, so schwer waren, wie wenn Amerikka das ganze Gebiet östlich von Chicago verloren hätte.

Diese Tatsachen waren den Regierungskreisen in Washington und auch der Presse schon Ende 1945 bekannt, denn ich verwendete die selben Zahlen und Fakten in den Jahren 1945 bis 1947 in meinen Diskussionen mit Offizieren und Truppen in Deutschland. Nur die Propagandaschine nahm keinerlei Notiz davon; es hieß im Gegenteil, die Sowjets seien die größte Gefahr für die Welt. Jede Ausweichslung von russischen Besatzungstruppen in Deutschland wurde als Verstärkung der Militärkräfte bezeichnet, die demnächst zur Eroberung von Westeuropa und Großbritannien antreten würden.

Diese falsche Propaganda diente einem doppelten Zweck. Erstens zerstörte sie die Yalta- und Potsdam-Abkommen, die von Roosevelt erstrebt worden waren, um den Krieg durch internationale Zusammenarbeit zu ersetzen. Zweitens sollte sie vor allem Trumans Griff nach der Weltmacht verhüllen. Leider glückte beides.

Der verstorbene James Byrnes, damals USA Außenminister, ver-

langte in einer Rede in Stuttgart — Mitte August 1946 —, die Vereinigung der drei westlichen Besatzungszonen unter amerikanischer Direktive. Großbritannien, das schon Zahlungsunfähig war, nahm die amerikanischen «Terms» sofort an, unter der Bedingung, daß Amerika seine Besatzungskosten übernehme. Die Zweizonen-Vereinigung erfolgte in Frankfurt am Main im Herbst 1946. Frankreich akzeptierte das amerikanische Diktat ein paar Monate später unter den selben Bedingungen wie Großbritannien. Damit war die Grundlage für die Bundesrepublik Deutschland (d. h. Westdeutschland) mit Hauptstadt Bonn, geschaffen.

Darauf folgte im Frühling 1948 die Einführung der neuen Deutschen Mark in den westlichen Sektoren von Berlin, d. h. 120 km innerhalb der Sowjet-Besatzungszone. Dies geschah in Verletzung eines drei Tage zuvor gegebenen Versprechens des Britischen Militärgouverneurs von Berlin. In Tat und Wahrheit wurde diese neue Deutsche Mark von der amerikanischen Militärregierung heimlich eingeführt, während der USA Militärgouverneur samt seinen westlichen Kollegen zum Schein noch mit der Sowjetunion über die Möglichkeit einer neuen gemeinsamen Währung verhandelte. Als Reaktion auf diesen Betrug vonseiten der USA verfügten die Sowjets eine Straßen- und Eisenbahnblockade, was die Amerikaner ihrerseits mit der «berühmten» Luftbrücke beantworteten.

Der amerikanische Plan war allerdings nicht darauf angelegt, Berlin oder Deutschland oder Europa aufzuteilen, wie es dann geschah, sondern man wollte die Sowjets aus Deutschland und Europa vertreiben. Dies gelang jedoch nicht. Daß es beabsichtigt war, wurde mir von einem der höchsten politischen Berater der USA-Militärregierung mitgeteilt, als ich 1947 Deutschland verließ, um meine neue Aufgabe als USA-Militär-Attaché bei der Australischen Regierung zu übernehmen.

Diese Skizze des politischen Hintergrundes war nötig für das Problem, dem sich Willy Brandt gegenüber sieht. Er bemüht sich, die nazi-faschistische, wütende Opposition gegen eine Entspannung zwischen den zwei Deutschland, wie zwischen ost- und westeuropäischen Ländern abzukühlen. Ganz im Gegensatz zur amerikanischen Propaganda-Erklärung ist die NATO das Schwert und nicht der Schild der europäischen Verteidigung. Ihr Zweck war immer, Berlin, Deutschland und Europa mit Gewalt zu vereinigen. Der Warschau-Pakt, der nach der NATO gegründet wurde, dient einzig dem Zweck, diese gewaltsame Vereinigung zu verhindern.

Die Deutsche Demokratische Republik (Ostdeutschland) wurde erst nach der Bundesrepublik Deutschland (Westdeutschland) gegründet. Ostdeutschland hat wiederholt anerboten, den Warschau-Pakt zu verlassen, falls Westdeutschland aus der NATO austrete. Die DDR hat auch versprochen, abzurüsten, wenn die Bundesrepublik dasselbe tue. Auch die anderen Warschau-Pakt-Mitglieder schlugen dies vor. Die

harte Tatsache, der Willy Brandt gegenübersteht, besteht darin, daß eine Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung unter dem Einfluß der größten westdeutschen politischen Partei, der sogenannten christlich-demokratischen Partei, in offenem Bund mit den faschistischen Nazi-Parteien, nicht die Absicht hat, in Europa eine Entspannung zu dulden. Sie können die Territorien, die sie im Zweiten Weltkrieg verloren haben, nicht zurückgewinnen, wenn sie eine Entspannung andauern lassen. Viele der Extremisten der Rechten reden immer noch von der Wiederherstellung des Kaiserlichen Deutschland von 1914.

Selbst wenn es Brandt gelingt, die Spannung mit Ostdeutschland und Polen zu vermindern, selbst wenn die Verträge vom westdeutschen Parlament ratifiziert werden, so ist zu fürchten, daß sie wirkungslos werden, falls die Oppositionspartei wieder an die Macht gelangt.

Wir dürfen nicht vergessen, daß jeder Offizier, der in der jetzigen westdeutschen Armee ein hohes Kommando inne hat, Hitler bis zum Ende treu diente. Wir dürfen nicht vergessen, daß Nazi-Politiker immer noch deutsche Gesetze machen, daß Nazi-Richter diese Gesetze interpretieren und daß eine Nazi-Polizei sie anwendet. Nazi-Diplomaten kontrollieren immer noch die deutsche Außenpolitik und Nazi-Lehrer wirken noch an deutschen Schulen. **Westdeutschland ist im Grunde noch immer ein Nazi-Staat, der mit den neo-faschistischen Vereinigten Staaten von Amerika verbündet ist.**

Es muß sich nun zeigen, ob die westdeutsche und die USA-Regierung ihren «Verbündeten» gestatten, einen europäischen Vertrag zu unterzeichnen, der die bestehenden Regierungen der verschiedenen souveränen Staaten von Europa vor einseitigen politischen Veränderungen schützt und diplomatische Beziehungen durch ganz Europa ermöglicht. Dazu kommt, daß alle Staaten Mitglieder der Vereinten Nationen werden müssen, wie daß die Verträge durch die UN zu garantieren sind.

«The Churchmann», August-September 1972

## Teilnahme an Kriegen schützt vor Selbstmord

Während des Zweiten Weltkrieges war die überraschende Beobachtung zu machen, daß in «jedem in ihn verwickeltem Lande die Selbstmordziffern zurückgingen», meint «The Guardian» vom 4. Februar 1972. Natürlich sind von dieser Bemerkung die Länder auszunehmen, welche unter diktatorischen Maßnahmen von Regierungsseite her standen.

Die vorerwähnte Zeitung brachte diese Bemerkung im Zusammenhang mit einem Artikel ihres medizinischen Mitarbeiters, welcher feststellte, daß die bürgerkriegerischen Verwicklungen in Nord-Irland bemerkenswert zeigen, daß in Belfast die Spitaleinlieferungen wegen Selbst-